



Stadtratsfraktion UWG/FW Neuss

Stadtratsfraktion UWG/FW Neuss • Breite Str. 52, 41460 Neuss

Beantwortung der Fragen
ERNÄHRUNGSRAT IM RHEIN-KREIS NEUSS

Stadtratsfraktion
UWG/FW Neuss
Breite Str. 52
41460 Neuss
Tel: 0176/70083142
uwg-fw-neuss@gmx.de

Ihr Zeichen u. Tag

Unser Zeichen

Neuss, den
15.07.2025

Trinkwasser

Ja, als UWG/Freie Wähler unterstützen wir ausdrücklich den Ausbau öffentlicher Trinkwasserbrunnen und Wasserspender im gesamten Stadtgebiet. Angesichts zunehmender Hitzewellen ist es aus unserer Sicht dringend notwendig, Maßnahmen zum Schutz der Gesundheit aller Menschen zu ergreifen – insbesondere für vulnerable Gruppen wie ältere Menschen, Kinder oder Menschen mit Vorerkrankungen.

Öffentlich zugängliches Trinkwasser ist ein einfaches, aber wirksames Mittel, um der gesundheitlichen Belastung durch extreme Temperaturen entgegenzuwirken. Deshalb setzen wir uns dafür ein, dass an zentralen Orten wie Parks, Spielplätzen, öffentlichen Verkehrsknotenpunkten und stark frequentierten Plätzen flächendeckend Wasserspender installiert werden.

Wir werden uns auch weiterhin in den zuständigen Gremien dafür stark machen, dass ausreichend Mittel für Planung, Bau und Unterhalt solcher Anlagen bereitgestellt werden – möglichst in Zusammenarbeit mit den Stadtwerken und unter Nutzung von Förderprogrammen für Klimaanpassung.

Essbare Stadt

Die UWG begrüßt die Idee, in jedem Stadtteil mindestens ein Urban-Gardening-Projekt zu etablieren, ausdrücklich. Gemeinschaftsgärten leisten einen wichtigen Beitrag zu einer nachhaltigen Stadtentwicklung, fördern den sozialen Zusammenhalt und schaffen Orte der Begegnung. Zudem ermöglichen sie den Anbau von frischem Obst und Gemüse direkt vor Ort – für alle zugänglich und gemeinschaftlich gepflegt.

Wir als UWG haben diese Idee bereits durch einen Antrag im Umweltausschuss angestoßen. In der Folge wurden bereits an mehreren Standorten schon solche Projekte aufgebaut. Wir setzen uns dafür ein, geeignete Flächen für solche Projekte bereitzustellen und Bürgerinitiativen, Schulen sowie soziale Einrichtungen aktiv bei der Umsetzung zu unterstützen. Die UWG unterstützt ebenfalls das Anliegen, öffentliche Flächen verstärkt mit essbaren und/oder insektenfreundlichen Pflanzen zu gestalten. Durch die Förderung insektenfreundlicher Pflanzen leisten wir einen wichtigen Beitrag

zur Biodiversität und zum Erhalt von Bestäubern. Essbare Pflanzen wiederum können das Bewusstsein für regionale Lebensmittel stärken und die Aufenthaltsqualität im öffentlichen Raum erhöhen.

Wir sehen in diesem Ansatz eine sinnvolle und nachhaltige Entwicklung der kommunalen Grünflächenpflege.

Fairer Handel

Die UWG/Freie Wähler befürworten ausdrücklich, dass kommunale Verwaltungen den Fairen Handel aktiv unterstützen. Eine Bevorzugung fair gehandelter Produkte – etwa bei der persönlichen Versorgung von Mitarbeitenden oder bei der Ausrichtung öffentlicher Veranstaltungen – ist aus unserer Sicht ein wichtiges Zeichen für globale Verantwortung und nachhaltiges Wirtschaften.

Wo immer es möglich und wirtschaftlich vertretbar ist, sollten Produkte aus fairem Handel den Vorzug erhalten. Kommunen nehmen dabei eine Vorbildfunktion ein, die weit über ihre Grenzen hinaus Wirkung entfalten kann. Wir setzen uns dafür ein, dass dies in Verwaltung, Politik und Öffentlichkeit stärker gelebt wird.

Den fairen Handel als Teil der kommunalen Bildungslandschaft zu verankern, halten wir für einen wichtigen Schritt, um junge Menschen für globale Zusammenhänge, soziale Gerechtigkeit und nachhaltigen Konsum zu sensibilisieren.

Konkrete Möglichkeiten sehen wir u. a. in folgenden Maßnahmen:

- Zusammenarbeit mit Schulen, um das Thema in den Unterricht einzubinden (z. B. im Rahmen von Projekttagen oder im Fachunterricht wie Geografie, Sozialkunde oder Wirtschaft).
- Kooperation mit lokalen Bildungsträgern, der VHS oder Umweltzentren zur Durchführung von Workshops, Vorträgen oder Ausstellungen zum Thema Fairer Handel.
- Sichtbarkeit des Themas in städtischen Einrichtungen, z. B. durch Informationsmaterialien in Bibliotheken, Jugendzentren oder Rathaus.

Bio-Landwirtschaft

Die UWG/Freie Wähler setzen sich für eine umwelt- und ressourcenschonende Landwirtschaft ein. Der Ausbau des Anteils ökologisch wirtschaftender Betriebe in den Kommunen und im Kreis ist aus unserer Sicht ein wichtiger Baustein für nachhaltige Regionalentwicklung, den Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen und eine zukunftsfähige Ernährungspolitik.

Mögliche kommunale und kreisweite Maßnahmen, um den Ökolandbau zu stärken, sind aus unserer Sicht:

- Flächenvergabe an ökologische Betriebe: Kommunale oder kreiseigene landwirtschaftliche Flächen sollten bevorzugt an Betriebe verpachtet werden, die ökologisch wirtschaften oder bereit sind, auf Ökolandbau umzustellen.
- Beratungs- und Förderangebote stärken: Die Kommunen können durch Kooperation mit Landwirtschaftskammern, Öko-Modellregionen oder Förderstellen gezielt Informations- und Beratungsangebote für interessierte Betriebe unterstützen.
- Regionale Vermarktung fördern: Durch Unterstützung von regionalen Vermarktungsinitiativen, Wochenmärkten oder Kooperationsprojekten mit Schulen, Kitas und Großküchen können faire Abnahmestrukturen für ökologisch erzeugte Produkte geschaffen werden.

- Bildung und Öffentlichkeitsarbeit: Eine gezielte Informationskampagne kann die Vorteile ökologischer Landwirtschaft in der Bevölkerung bekannt machen und die Nachfrage steigern. Auch Schulen und Kitas spielen hier eine wichtige Rolle.
- Vorbildfunktion der öffentlichen Hand: Kommunale Einrichtungen sollten – wo möglich – auf regional und ökologisch erzeugte Lebensmittel setzen. Das erhöht die Sichtbarkeit und schafft Anreize für Produzenten und Verbraucher.

Wir sind überzeugt: Der Weg zu mehr Ökolandbau muss gemeinsam mit den Landwirtinnen und Landwirten vor Ort gestaltet werden – praxisnah, wirtschaftlich tragfähig und mit gegenseitigem Respekt.

Nachhaltigkeit und regionale Lebensmittelversorgung

Ja, die UWG/Freie Wähler sehen im Aufbau eines Food Hubs – also einer zentralen Anlaufstelle zur Bündelung, Lagerung und Verteilung regional erzeugter Lebensmittel – eine sinnvolle Maßnahme zur Stärkung der regionalen Landwirtschaft und zur Förderung kurzer, transparenter Lieferketten.

Ein solcher Knotenpunkt kann regionale Produzentinnen und Produzenten mit Großverbrauchern, Gastronomie und Endkundschaft besser vernetzen und gleichzeitig den Zugang zu frischen, saisonalen Lebensmitteln erleichtern. Wir sind grundsätzlich bereit, ein solches Projekt politisch zu unterstützen.

Ja, wir sehen eine Vielzahl an Möglichkeiten, wie Kommunen die Vermarktung regionaler Produkte aktiv unterstützen können. Dazu gehören unter anderem:

- Stärkung und Ausbau bestehender Wochenmärkte, insbesondere durch gezielte Flächenbereitstellung, reduzierte Standgebühren für Direktvermarkter und bessere Bewerbung.
- Einrichtung von Abend- oder Themenmärkten mit Fokus auf regionale, saisonale und handwerklich hergestellte Lebensmittel.
- Kooperationen mit der lokalen Gastronomie, z. B. durch Auszeichnungen für "regional & saisonal" arbeitende Betriebe oder durch Events wie kulinarische Aktionswochen.

Ja, die UWG/Freie Wähler unterstützen die Entwicklung einer **kommunalen oder kreisweiten Ernährungsstrategie** ausdrücklich – idealerweise eingebettet in eine übergreifende Nachhaltigkeitsstrategie.

Ernährungssicherheit

Die UWG/Freie Wähler setzen sich für einen sparsamen und verantwortungsvollen Umgang mit Flächen ein. Wir fordern eine klare Priorisierung der Innenentwicklung vor Neubaugebieten („Innen vor Außen“) und prüfen Nachverdichtungen oder Umnutzungen bestehender Flächen, bevor neue Landwirtschaftsflächen bebaut werden. Der Schutz fruchtbarer Böden ist für uns zentral – für Ernährungssicherheit, Artenvielfalt und Klimaschutz.

Wir unterstützen eine stärkere Nutzung kommunaler Flächen für die regionale Landwirtschaft, insbesondere für den ökologischen Anbau. Unser Ziel ist: Mehr regionale Lebensmittel auf unsere Teller – aus der Region, für die Region.

Gemeinschaftsverpflegung in Kita und Schule

Ja, wir befürworten die verbindliche Umsetzung der DGE-Qualitätsstandards bis 2030. Eine gesunde und ausgewogene Ernährung ist entscheidend für die Entwicklung und Konzentrationsfähigkeit von Kindern – das sollte zum Standard gehören.

Ja, wir setzen uns dafür ein, dass der DGE-Standard verbindlich in Ausschreibungen und Ratsbeschlüssen verankert wird. Nur so kann dauerhaft eine qualitativ hochwertige, gesundheitsfördernde Verpflegung sichergestellt werden.

Wir sehen die Finanzierung als gesamtgesellschaftliche Aufgabe und sprechen uns für eine schrittweise Einführung mit Unterstützung von Land und Bund aus. Modellprojekte, gezielte Förderprogramme und ein stufenweiser Ausbau könnten den Einstieg ermöglichen – mit dem Ziel: gesundes Essen für alle Kinder, unabhängig vom Einkommen der Eltern.

Ernährungsbildung im Rahmen von Bildung für Nachhaltige Entwicklung

Wir wollen Kooperationen mit lokalen Ernährungsprojekten, Umweltzentren und Landwirtschaftsbetrieben fördern, um praxisnahe und kindgerechte Bildungsangebote zu ermöglichen.

Wir schlagen regelmäßige Fortbildungen, Netzwerkveranstaltungen und die Bereitstellung von Unterrichtsmaterialien zu nachhaltiger und gesunder Ernährung vor.

Kommunale Förderprogramme (wie z.B. unser Urban Gardening), Bereitstellung von Flächen und Material sowie pädagogische Begleitung könnten das Anlegen von Beeten in Kitas und Schulen unterstützen.